

Andrés Pérez Baltodano\*

## Eine kritische Analyse des Vorschlags für einen „geordneten Übergang“ (Auszug)

Die Dringlichkeit einer Neubegründung des vorherrschenden politischen und gesellschaftlichen Diskurses in Nicaragua ist durch die jüngste Veröffentlichung des Vorschlags „Geordneter Übergang von der Diktatur zur Demokratie“ offenkundig geworden, der von mehreren Oppositionsorganisationen in zwei Fassungen (vom Mai und vom August) sowie in einer „Zusammenfassung“ vorgelegt wurde. Im Kern besteht dieser Vorschlag darin, die Unterwürfigkeit gegenüber Ortega-Murillo durch eine andere zu ersetzen, die versucht, dadurch ihre Würde zu erlangen, dass sie sich mit einer vorgetäuschten „Demokratie“ umgibt. Denn sie will der „internationalen Gemeinschaft“ und insbesondere den Vereinigten Staaten die Entscheidungsgewalt über unsere politischen Prozesse und unsere Institutionen übertragen.

Zusammenfassend fordert die Mai-Fassung des oppositionellen Vorschlags von der Trump-Regierung „die Anwendung von Zwangsmechanismen“ als „die einzige Alternative, um das Regime in Managua in die Knie zu zwingen“ (Mai, S. 16). Jetzt sei der Zeitpunkt dafür gekommen, heißt es in dem Vorschlag, um die Tatsache zu nutzen, dass Washington eine „Kehrtwende um hundertachtzig Grad“ vollzogen habe, um „seine Interessen zu schützen“ und „seine Hegemonie in der westlichen Hemisphäre wiederherzustellen“ (Mai, S. 15). In der August-Fassung wird die Formulierung dieses Ansatzes abgemildert und erklärt, „die internationale Gemeinschaft“ müsse in Nicaragua ihre „Zwangsgewalt“ ausüben (S. 13).

In beiden Fassungen offenbaren die Verfasser des Vorschlags ein Gefühl seelischer Ohnmacht, das selbst das des unterwürfigen Adolfo Díaz noch übertrifft, der 1928 um die Unterstützung Washingtons flehte und erklärte: „Ein wahrer und dauerhafter Frieden, wirtschaftliche Ordnung, Mäßigung und Freiheit können nicht aus unserer eigenen Kraft entstehen.“ Hundert Jahre später erklären die Unterzeichner des Vorschlags für einen „geordneten Übergang“, in einem noch schlechteren Spanisch, aber mit dem gleichen Grad an Kleinmut, dass der sogenannte friedliche Übergang „ohne eine feste, nachhaltige und strategische Führung der Vereinigten Staaten“ unmöglich sei (Mai, S. 16). In der abgemilderten August-Fassung wird erneut bekräftigt, dass „wir Nicaraguaner ohne die Führung der internationalen Gemeinschaft nichts tun können“.

Der Vorschlag spricht ferner von der Bildung einer „Junta oder eines Teams für den nationalen Übergang“, das das Land 24 Monate lang regieren und aus Führungspersönlichkeiten bestehen soll, die den „Politiken und Leitlinien für Sicherheit und Demokratie“ einer „westlichen Hemisphäre“ verpflichtet seien (August, S. 10), die heute von den Vereinigten Staaten

beherrscht wird, wie es die Mai-Fassung ausdrücklich feststellt und begrüßt (S. 11). Und als wäre dies noch nicht genug, läge die Auswahl dieser „engagierten Führungspersönlichkeiten“ in den Händen „der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und der Vereinigten Staaten“ (August, S. 19–36).

Die „Zusammenfassung“ (August) des Vorschlags, ein Konzentrat aus Ausflüchten und Täuschungen, behauptet, nichts von dem, was darin vorgesehen werde, weise eine „ideologische Schlagseite“ auf, da es sich lediglich um ein „technisches und politisches Instrument“ für einen „geordneten Übergang zur Demokratie“ handle (S. 3). Vielleicht schämen sich die Unterzeichner des „geordneten Übergangs“ im Grunde für das, was sie vorschlagen. Hoffentlich. Scham ist gesund.

Doch da niemand allein von Hoffnungen leben kann, fragen wir uns: Wird die „Demokratie“, die der Vorschlag eines „geordneten Übergangs“ verspricht, ebenso auf die Außenpolitik Trumps und Netanyahus ausgerichtet sein wie diejenige Noboas in Ecuador? Wird sie die öffentlichen Ausgaben ebenso radikal zerschlagen, wie Milei es in Argentinien getan hat? Wird sie die Produktion akademischen Wissens geringschätzen, weil sie lediglich „schöne Bücher“ hervorbringe, wie der Chilene Kast sagt? Würde sie das Land „Christus übergeben“, wie de la Espriella es in Kolumbien derzeit tut, in der gleichen Weise, in der die Co-Diktatorin Murillo die therapeutische Abtreibung der katholischen Kirche und ihrem Gott „übergeben“ hat? Und selbst wenn man uns versicherte, dass nichts davon geschehen werde, wie könnten wir ihnen glauben, wenn sie „den Übergang“ gar nicht selbst leiten würden und wenn sie zu Lügen fähig sind, wie Juan Sebastián Chamorro sie in einem jüngsten Interview tat: „Die internationale bewaffnete Option ist [im Vorschlag] nicht vorgesehen, sie wird nicht genannt. Aber dass sie dort nicht erscheint, bedeutet nicht, dass wir dagegen sind. Wir nehmen schlicht keinen Bezug darauf, weil beispielsweise eine Entführung [„Extraktion“ nach dem Modell Maduro M.S.] eine Entscheidung des Landes wäre, das diese Entführung auch vornimmt, in diesem Fall der Vereinigten Staaten“ (Infobae, 22.08.26).

Übersetzung: Matthias Schindler

Lissabon, 06. September 2026

**\* Zur Person (laut Browser Brave):**

Andrés Pérez Baltodano ist ein nicaraguanischer Politikwissenschaftler und Historiker, der sich vor allem mit der politischen und kulturellen Geschichte Nicaraguas sowie mit Religion und Politik in Lateinamerika beschäftigt. Er ist ein emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Western University in Kanada.

Seine Forschungsschwerpunkte sind: Religion und Politik in Lateinamerika, Befreiungstheologie, kritische Politikwissenschaft, Providenzialismus und die politische Geschichte Nicaraguas. Er ist der Autor diverser Bücher u.a.:

- Entre el Estado Conquistador y el Estado Nación (2003)
- La Subversión Ética de la Realidad (2009)
- Postsandinismo (2013)
- Reflexiones y Confesiones sobre la Nación, la Iglesia y el Exilio (2007)